

Stadträtin im Gemeinderat Schwäbisch Hall

Ellena Schumacher Koelsch

Oberbürgermeister

Herr Herrmann-Josef Pelgrim

Erster Bürgermeister

Herr Peter Klink

Antrag zu der Entwicklung „Bahnhofsareal Süd“ – Vermarktungsprozess und Anforderungen an die Bewerbung der Anker- und Anliegerprojekte, 24.07.2019

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Pelgrim,
sehr geehrter Herr Erster Bürgermeister Klink,

aus gegebenem Anlass reiche ich
nachstehenden A n t r a g
ein:

Das Bebauungsprojekt der HGE (Haller Grundstücks- und Erschließungsgesellschaft mbH) am Bahnhofsareal hat nach unserem Wissen bisher keine konkreten Anforderungen an die Anker- und Anliegerprojekte gestellt. Bei unserem Treffen mit Herrn Mathieu wurde uns als Partei DIE LINKE das Bauvorhaben Bahnhofsareal Süd detailliert vorgestellt. Das Bauvorhaben am Bahnhofsareal bietet die Chance ein neues Quartier in der Haller Innenstadt nachhaltig aufzubauen. Es sollen neue Wohnräume (bis zu 250 Wohneinheiten für ca. 500 Menschen) in einem 3-teiligen Planungskonzept und Auswahlverfahren durch die HGE entstehen.

Dazu möchten wir folgende Anforderungen zu einer langfristigen, sozialen und nachhaltigen Wohnungspolitik in der Vergabe der Anker- und Anliegerprojekte stellen:

Stadträtin im Gemeinderat Schwäbisch Hall

Ellena Schumacher Koelsch

1. Bedarfsgerechter und bezahlbaren Wohnraum schaffen

Die Wohnungsgemeinnützigkeit auf dem Bauvorhaben Bahnhofsareal muss auf kommunaler Ebene gefördert werden. Wir fordern eine Sozialquote von 50% bei dem Wohnbauprojekt Bahnhofsareal.

2. Öffentliche und gemeinwohlorientierte Träger bevorzugen

Bestandswohnungen sowie neu erstellte Wohnungen müssen auf Dauer im Eigentum der GWG verbleiben. Somit muss die GWG in Bauträgerschaft für das Bahnhofsareal fungieren. Bei der Vergabe an Anker- und Anliegerbewerber müssen vorrangig gemeinnützige und genossenschaftliche Bewerber berücksichtigt werden.

3. Außengestaltung des Bahnhofsareals Nord und Süd

Wir fordern, dass das Gestaltungskonzept des gesamten Bahnhofareals familiengerecht (zum Beispiel Kinderspielplätze, Bolzplatz, Bürgerzentrum, breite Gehwege), verkehrsberuhigt (u.a. im gesamten Areal Fahrradwege) und barrierefrei konzipiert wird.

Begründung:

zu 1. Immer weniger Menschen können sich die hohen Mieten in der Innenstadt nicht mehr leisten und werden in Randgebiete bzw. Ortschaften abgedrängt. Auch für Menschen mit niedrigem Einkommen muss es möglich sein innenstadtnah leben zu können.

zu 2. Es ist dringend notwendig den Anteil der Sozialwohnungen zu erhöhen und dies ist vor allem über gemeinnützige und genossenschaftliche Wohnungsbaugesellschaften zu erreichen.

zu 3. Neue Wohnbaugebiete bieten die Chance längerfristig klimaneutral, ökologisch und nachhaltig gestaltet zu werden.

Mit freundlichen Grüßen,

Ellena Schumacher Koelsch